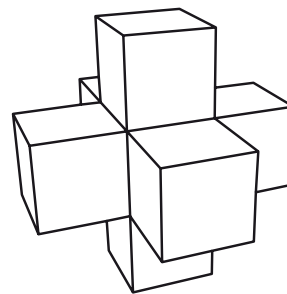


Schweizer Freisinn



FDP Wir Liberalen.

Unter Freisinnigen	2	Geits no?	2	FDP-Frauen	14	Kreuzworträtsel	22
Kopf des Monats	2	Brennpunkt	3	Jungfreisinnige	16	FDP intern	23

30. Jahrgang, Erscheint monatlich.

Offizielles Organ der FDP Schweiz.

Inhalt

Ja zu mehr Wachstum – Ja zum Einheitssatz

Der Bundesrat will die Mehrwertsteuer vereinfachen und einen Einheitssatz einführen. Die FDP unterstützt dieses Vorhaben mit Nachdruck. Der Einheitssatz bringt der Schweiz einen Wachstumsschub. Die Revision darf aber den einzelnen Bürger nicht mehr belasten.

Seite 3

Glaubwürdige Milizarmee

Eine Allianz aus SVP und Militärgenossen hohlte während der Sommersession die Reform der Militärgesetzgebung in zentralen Punkten derart aus, dass ihr die FDP-Fraktion nicht mehr zustimmen konnte. Die FDP will eine glaubwürdige Milizarmee.

Seite 7

HarmoS

Als Begründerin der nationalen Volksschule ist es für die FDP ein ureigenes Anliegen, das Schulsystem laufend zu verbessern und den gesellschaftlichen Veränderungen anzupassen. Dabei steht die Qualität und Leistung der Volksschule im Vordergrund, aber auch das Bestreben nach Chancengleichheit und Integration.

Seite 21



Doris Fiala, Nationalrätin ZH, und Christa Markwalder, Nationalrätin BE, hatten allen Grund zum Strahlen.

Dreimal Ja!

Am 28. Juni haben in Olten die Delegierten zu drei Vorlagen die Ja-Parole beschlossen. Zwei Drittel der Delegierten sprachen sich für die Verbandsbeschwerde-Initiative aus. Auch bei den beiden Vorlagen der Drogenpolitik wurde die Ja-Parole beschlossen.

Rund 220 Delegierte fanden bei sommerlichen Temperaturen den Weg nach Olten. Auf dem Programm standen wichtige Themen. Nicht

hitzig, sondern angeregt und konstruktiv waren die Diskussionen. Nebst der Präsentation der Task-Force Umwelt galt es, über drei Vor-

lagen abzustimmen, welche alle angenommen wurden.

Seite 12/13

Nach der Euro ist vor dem Budget

Die Euro 2008 ist seit wenigen Tagen vorbei

In die anbrechenden Sommerferien nehmen die Leute die verschiedensten Gedanken an dieses fussballerische Grossereignis mit. Die Fans erfolgreicher Mannschaften denken stolz zurück an grossartige Aktionen und Siege ihres Teams. Die Fans weniger erfolgreicher Mannschaften (darunter nicht wenige Schweizer) trauern verpassten Chancen nach. Die Organisatoren blicken zurück auf ein rundum gelungenes Fest. Besucherinnen und Besucher aus zahlreichen Ländern tragen die ausgelassene Stimmung, neue Bekanntschaften und die Schönheit unseres Landes in ihrer Erinnerung.

Und unsere Nationalmannschaft? Sie richtet den Blick nach einer kurzen Phase der Introspektive dorthin, wo er hingehört: nach vorne. Denn schon der ehemalige deutsche Bundestrainer Sepp Herberger wusste: Nach dem Spiel ist vor dem Spiel. Konkret heisst das für unsere Nati: Bereits 2010 findet die WM-Endrunde in Südafrika statt. Der WM-Qualifikationsmar-



Hans-Rudolf Merz

athon beginnt sogar schon nach den Sommerferien, nämlich am kommenden 6. September im Spiel gegen Israel. Nach der Euro ist vor der WM.

Was für Fussballtrainer gilt, gilt erst recht für Finanzminister. Kaum kommt ein Grossereignis zum Abschluss, steht schon das nächste vor der Tür. Dabei kennt die Finanzpolitik im Gegensatz zum Fussball keine Spielpausen. Die Saisons reihen sich nahtlos aneinander, ja sie überlappen einander sogar.

Das aktuellste Beispiel dafür sind die Rechnung 2007 und das Budget 2009, die mich als Finanzminister just um die Euro 2008 herum intensiv beschäftigten.

Erst vor wenigen Wochen verabschiedete das Parlament die Finanzrechnung des Bundes für das Jahr 2007. Mit einem ordentlichen Einnahmenüberschuss von 4,1 Milliarden Franken schloss diese Rechnung höchst erfreulich ab. Sie übertraf nicht nur das Budget, sondern auch die Vorjahresrechnung und sogar die Vorgaben der Schuldenbremse. Zudem konnten die Schulden des Bundeshaushalts um 4,2 Milliarden Franken reduziert werden. Gäbe es eine Europameisterschaft der Jahresrechnungen, wäre die unsrige wohl eine ernstzunehmende Anwärterin auf einen Pokal.

Doch meine Mannschaft kann sich auch nach diesem Erfolg keine Verschnapfpausen gönnen: Nach der Rechnung ist vor dem Budget. Der Budgetprozess für das Jahr 2009 läuft bereits auf Hochtouren,

damit der Voranschlag in der Wintersession der Räte verabschiedet werden kann. In diesem Prozess dürfen wir uns nicht von den Milliardenüberschüssen der vergangenen Rechnungen blenden lassen. Jeder Saisonenerfolg muss von neuem erkämpft werden, und jede Saison kennt ihre besonderen Herausforderungen. Für das Budget 2009 beispielsweise ist nebst vielen andern Kriterien auch das Gewitter auf den internationalen Finanzmärkten zu berücksichtigen, inklusive seiner Auswirkungen auf die Konjunktur und die Inflation.

In der Finanzpolitik gibt es somit weder Time-outs noch Sommerpausen. Nach der Euro ist vor dem Budget. Das gehört zu den Regeln des Spiels. Oder wie Sepp Herberger wohl sagen würde: Der Franken ist rund und das Finanzjahr dauert 365 Tage.

Hans-Rudolf Merz

Kopf des Monats

Peter Malama, Nationalrat BS

Die Legislaturplanung ist eine eminent wichtige Arbeit. Der Basler Nationalrat Peter Malama hat sich der Legislaturplanung angenommen und sich dafür eingesetzt, dass wichtige freisinnig-liberale Punkte darin vertreten sind. Als Kommissionssprecher zur Legislaturplanung 2007–2011 hat Peter Malama auf eine konstruktive Art und Weise der Linken und der Rechten den freisinnig-liberalen Stempel aufgedrückt. Denn die Freisinnigen kämpfen seit je für eine konstruktive Politik in unserem Land. SP und SVP versuchten lediglich, ihr Parteiprogramm durchzusetzen. Aber Malama fand deutliche Worte: «Korrekturen am Vor-



Peter Malama

schlag des Bundesrates sind wichtig, aber Parteiprogramme sind Traktanden an Parteitagen und nicht in der Session auf Kosten der Steuerzahler.» Für seinen konstruktiven und unermüdlichen Einsatz ist Peter Malama der «Kopf des Monats».

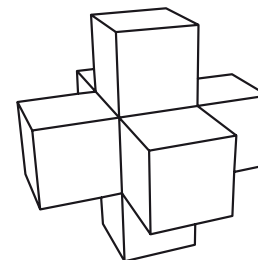
Geits no?

Die SBB sind in letzter Zeit vor allem mit SBB Cargo in Negativschlagzeilen geraten und stehen kurz- und mittelfristig vor schwierigen Herausforderungen.

Vor diesem Hintergrund hat sich die FDP für einen Verwaltungsrat mit ausgewiesenen Spezialisten im Bahnverkehr ausgesprochen. Heute zählt die parteipolitische Zusammensetzung mehr als das Fachwissen.

Was aber tut Verkehrsminister Moritz Leuenberger in dieser Situation? Der SP-Bundesrat vergibt den Posten des Verwaltungsratspräsidenten an seinen Parteifreund Ulrich Gygi. Begründet wurde die Wahl unter anderem damit, dass Gygi als aktueller Post-Chef Erfah-

rung in der Führung eines Bundesbetriebs habe. Die SBB scheinen also in erster Linie ein Bundesbetrieb und erst danach ein Bahndienstleistungsunternehmen zu sein. Auf jeden Fall scheinen bei dieser Postenvergabe primär Partei-Bande und nicht Fachkenntnisse den Ausschlag gegeben zu haben.



Ja zu mehr Wachstum - Ja zum Einheitssatz

Der Bundesrat will die Mehrwertsteuer vereinfachen und einen Einheitssatz einführen. Die FDP unterstützt dieses Vorhaben. Der Einheitssatz bringt der Schweiz einen Wachstumsschub. Die Revision darf aber den einzelnen Bürger nicht mehr belasten.

**Von Fulvio Pelli,
Präsident FDP Schweiz**

Am 25. Juni hat der Bundesrat die Mehrwertsteuerreform dem Parlament vorgelegt. Die Revision ist in zwei Pakete geteilt. Im ersten, unbestrittenen Teil wird das geltende Mehrwertsteuergesetz entschlackt. So werden Umsätze bis max. 100 000 Franken generell von der Steuerpflicht befreit. Der zweite Teil schafft die meisten Steuerausnahmen ab und führt einen einheitlichen Steuersatz von 6,1% ein. Dieser ersetzt die bisherigen Sätze 7,6% (Normalsatz), 2,4% (reduzierter Satz insbesondere für Lebensmittel) und 3,6% (Sondersatz für Hotellerie).

Mutiger Bundesrat

Mit der Reform wagt sich unser freisinniger Bundesrat Hans Rudolf Merz an ein heisses Eisen. Der Einheitssatz ist umstritten. Jede Interessengruppe will ihre Pfründe sichern. Die FDP steht als einzige Partei hinter dem Einheitssatz. Denn dieser stärkt unsere Wirtschaft. Er eliminiert Abgrenzungsprobleme: So wird heute eine Pizza im Restaurant mit 7,6% Mehrwertsteuer belegt; im Take-away nebenan aber nur mit 2,4%. Solche in der Praxis komplizierten Unterschiede fallen künftig weg, was mittelfristig zu einem höheren Wachstum und einem bis zu 0,7% höheren Haushaltseinkommen führt.

Gesundheitswesen und Mehrwertsteuer

Der Bundesrat will neu auch das Gesundheitswesen der Mehrwertsteuer unterstellen. Das erhöht die Krankenkassenprämien, da Leistungen von Ärzten und Spitälern teurer werden. Gleichzeitig führt dies aber auch zu kostendämpfenden



Fulvio Pelli

den Vereinfachungen. So war bisher Psychotherapie von der Steuer ausgenommen, psychologische Beratung aber steuerpflichtig. Solche Abgrenzungen entfallen künftig zu Recht: Das Gesundheitswesen soll Gesundheit schaffen, statt sich in Bürokratie verstricken. Zudem sind Investitionen z. B. für Spitäler künftig vorsteuerabzugsberechtigt und somit von der Schattensteuer befreit. Die FDP war bisher eher gegen eine Unterstellung des Gesundheitswesens. Die guten Gründe für eine Unterstellung werden nun parteiintern vertieft diskutiert. Es ist denkbar, dass sich die FDP dem Bundesrat in diesem Punkt anschliesst.

Kosten für den Mittelstand

Die Revision der Mehrwertsteuer ist aufkommensneutral ausgestaltet. Nicht alle Bevölkerungsgruppen profitieren aber gleichermaßen von der Reform. So trifft die Erhöhung der Besteuerung der Nahrungsmittel die Haushalte unterschiedlich. Der Bundesrat hat dieses Problem aufgenommen: Er will über Rückerstattungen bei Krankenkassenprämien die Mehrausgaben der einkommensschwächsten 40% der Haushalte voll kompensieren. Die oberen 60% der Haushalte mit einem Monatseinkommen von über 7000 Franken müssen mit Mehrausgaben von einigen Franken pro Monat rechnen.

Dies ist unschön. Die FDP wird sich im Parlament dafür einsetzen, dass auch der Grossteil dieser Bevölkerungsschichten wegen des Einheitssatzes keinen Franken mehr bezahlen.

Erstens prüft die FDP eine Senkung des Einheitssatzes unter 6,1%. Das wäre ein gutes Zeichen. Da dies alle Steuerpflichtigen besserstellt, ist diese Massnahme alleine aber nicht zielführend. Zweitens ist die Vorlage ins steuerpolitische Umfeld zu stellen: Im Herbst wird Bundesrat Merz Vorschläge zur steuerlichen Entlastung von Familien mit Kindern präsentieren. Damit kann die mit dem Einheitssatz entstehende Mehrbelastung von Familien mit Kindern gezielt überkompensiert werden. Mehr belastet werden schliesslich Rentner mit höheren Einkommen. Sie sind die finanziell bestgestellte Schicht unserer Bevölkerung. Das haben sie sich hart erarbeitet. Die FDP wird auch hier spezifische Entlastungsmassnahmen prüfen. Gleichzeitig appelliert sie an den Gemeinsinn dieses Bevölkerungsteils: Eine Mehrbelastung im Wert von bis zwei Kaffees pro Monat wäre der Beitrag für die europaweit einfachste und tiefste Mehrwertsteuer.

Die Vorlage ermöglicht eine grundlegende Reform, die kurzfristig Mehrausgaben für möglichst wenige Haushalte bringt, die Rahmenbedingungen des Standorts Schweiz aber bedeutend verbessert. Eine solche Reform hin zum schlanken Staat hat Signalwirkung für den Standort Schweiz und schafft neue Arbeitsplätze. Das ist das richtige Zeichen.

Veranstaltungshinweis:

Die nächste Delegiertenversammlung der FDP Schweiz findet am 13. September 2008 in Neuenburg statt.

Detaillierte Informationen finden Sie in Kürze auf unserer Homepage www.fdp.ch.



Bild: Schweiz Tourismus, Stephan Engler

Fusion

Am 25. Oktober fusionieren die liberale Partei der Schweiz und die Freisinnig-Demokratische Partei in Bern, wenn die Delegierten dieser Fusion zustimmen. Die beiden Parteien, welche den modernen Bundesstaat gegründet haben, vereinen sich. Dabei entsteht eine neue Partei. Nicht die FDP, nicht die LPS, eine neue Partei. In der Westschweiz wird diese neue Partei mit Wähleranteilen von 20% bis 35% die stärkste oder zweitstärkste Partei. In Neuenburg haben die beiden Parteien auf kantonaler Ebene bereits fusioniert und sind gleich mit einem höheren Wähleranteil belohnt worden. Das gilt es in anderen Kantonen zu wiederholen. An unseren liberalen Positionen wird es kein Vorbeikommen geben.

Mehr zur Fusion und zur Delegiertenversammlung in Bern erfahren Sie im nächsten «Freisinn» und auf www.fdp.ch.



Bild: Marcel Bieri

Drei Fragen

an FDP-Nationalrat Edi Engelberger, Gewerbeverbandspräsident

1. Sie sind seit 2004 Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbandes (SGV). Am Gewerkekongress vom 30. Mai 2008 in Freiburg wurden Sie für zwei weitere Jahre zum Präsidenten gewählt. Weshalb haben Sie dieses Amt nochmals angenommen?

Es sind drei Hauptgründe: Zum einen wäre es ungünstig gewesen, wenn der Präsident und der Direktor gleichzeitig zurückgetreten wären. Unser Direktor, FDP-Nationalrat Pierre Triponez, ist Ende Juni nach langjähriger erfolgreicher Tätigkeit in den wohlverdienten Ruhestand getreten; sein Nachfolger, Hans-Ulrich Bigler – auch er übrigens ein FDP-Mitglied –, hat die Leitung der Geschäftsstelle am 1. Juli übernommen. Zum andern liegt mir viel daran, die von mir massgeblich geprägte neue SGV-Strategie 2008 auch noch umzusetzen; der ganze Prozess sollte in zwei Jahren bis zum nächsten Gewerkekongress abgeschlossen sein. Und drittens schliesslich macht mir die Arbeit an der Spitze des SGV nach wie vor viel Freude, ich bin voll motiviert.

2. Was wollen Sie in den nächsten zwei Jahren alles erreichen?

Ich möchte den SGV noch schlagkräftiger machen und mit Biss die Interessen unserer Mitgliedverbände und der KMU vertreten. Beim Kernthema, der KMU-Politik, beanspruchen wir die Themenführerschaft. Im Programm 2008–2010 sind unsere Zielsetzungen im Einzelnen aufgelistet. Drei Beispiele: Wir werden mit Vehemenz für die Fortsetzung der Personenfreizügigkeit mit der EU und die damit verbundene Ausdehnung auf Bulgarien und Rumänien kämpfen. Bei der Mehrwertsteuer setzen wir uns vor allem für eine massive Vereinfachung ein und unterstützen das Modul «Steuergesetz» der soeben dem Parlament zugeleiteten Botschaft. Und schliesslich treten



Edi Engelberger

wir mit Überzeugung gegen neue Konsum- und Werbeverbote sowie aktivistische Regulierungsoffensiven des Bundesamtes für Gesundheit an; ich verweise auf die vom SGV erfolgreich geführte «Allianz der Wirtschaft für eine massvolle Präventionspolitik».

3. Welche Bedeutung hat der SGV für Sie? Für die Schweiz? Für die Politik?

Für mich selber ist der SGV die politische Basis, meine Heimat, ich bin durch und durch Gewerbler. Der SGV ist der grösste Wirtschaftsverband der Schweiz, wir vertreten die KMU, die das Rückgrat unserer Volkswirtschaft bilden: 99,7 Prozent aller Unternehmen in der Schweiz sind KMU und 88 Prozent davon sind Kleinbetriebe mit weniger als 10 Arbeitskräften. In der Politik vertritt der SGV praktisch die gleichen Werte wie die FDP Schweiz: eine möglichst freiheitliche Wirtschaftsordnung mit einem schlanken Staat, ein Höchstmass an Selbstverantwortung und Hochhalten des Subsidiaritätsprinzips und des Föderalismus. Ich hoffe, dass den vielen Lippenbekenntnissen der Politik für die KMU vermehrt auch konkrete Taten folgen werden.

Neue FDP-Kantonalpräsidenten



Gabi Badertscher



Bruno Lüscher



Philippe Gnägi



Raphaël Comte

FDP Thurgau:

Gabi Badertscher gibt nach einer 7-jährigen Amtszeit das Parteipräsidium der Thurgauer Freisinnigen ab. Während ihrer langen Amtszeit hat es Gabi Badertscher immer wieder verstanden, die Parteimitglieder zu motivieren und schwierige Situationen zu meistern. Der neue Parteipräsident Bruno Lüscher will mit einer gradlinigen Politik neue Wähler gewinnen.

FDP Graubünden:

Christian Rathgeb gibt nach 5 erfolgreichen Jahren das Präsidium der Bündner Freisinnigen weiter. Als Dank für sein Engagement erhielt der abtretende Präsident und begeisterte Töfffahrer einen Motorradhelm mit FDP-Logo. Nachfolger wird der St. Moritzer Unternehmer Michael Pfäffli.



Christian Rathgeb



Michael Pfäffli

FDP Freiburg:

Der neue Präsident der FDP Freiburg heisst Jean-Pierre Thürler. Er tritt in die Fussstapfen von Charly Haenni, welcher die Freisinnigen 4 Jahre lang präsiert hat. Die Delegierten bereiteten Charly Haenni einen emotionalen Abschied und würdigten das ausserordentliche Engagement ihres abtretenden Präsidenten.

FDP Kanton Neuenburg:

Philippe Gnägi heisst der neue Präsident der neugegründeten freisinnig-liberalen Kantonalpartei. Raphaël Comte hatte zuvor die Neuenburger Freisinnigen 4 Jahre lang geleitet. Mit 24 Jahren war Raphaël Comte vor vier Jahren zum jüngsten aller FDP-Präsidenten gewählt worden.

FDP Kanton Luzern:

Nach einer viereinhalbjährigen Amtszeit tritt Herbert Widmer als Präsident der Luzerner Freisinnigen zurück. Herbert Widmer kann eine kerngesunde und robuste Kantonalpartei übergeben. Seine Erfahrung und sein Engagement gehen trotz dem Rücktritt als Kantonalparteipräsident aber nicht verloren, denn Herbert Widmer wird seine Ideen neu in der Geschäftsleitung der FDP Schweiz einbringen. Sein Nachfolger als Präsident der Luzerner Freisinnigen wird der 49-jährige Kantonsrat Peter Schilliger aus Udligenswil.

Kanton Luzern

Mehr Sicherheit

Die FDP unterstützt die Zusammenlegung von Stadt- und Kantonspolizei.

Die liberalen Luzerner Kantonsräte haben sich einstimmig für die Zusammenlegung von Stadt- und Kantonspolizei per 1. Januar 2010 ausgesprochen. Die Prüfung der Zusammenlegung geht auf ein Postulat von FDP-Kantonsrat Albert Vitali zurück. Für die Luzerner Liberalen ist die Sicherheit eine Kernaufgabe der Polizei im ganzen Kanton. Bei einer Zusammenlegung gibt es schlankere und reaktionsschnellere Strukturen, was letztlich zu mehr Sicherheit führen wird. Kritische Schnittstellen zwischen Kantons- und Stadtpolizei können mit der Zusammenlegung endlich beseitigt werden. Es werden kaum Widerstände gegen das Zusammengehen erwartet, deshalb sind die Luzerner Freisinnigen etwas erstaunt, wie lange die Umsetzung eines relativ einfachen Modells gedauert hat.



Herbert Widmer



Peter Schilliger

Vorstand

Die neuen Gesichter FDP Öffentlicher Dienst

Mit der personellen Umstrukturierung im Januar 2008 will die FDP Öffentlicher Dienst heute die ersten beiden Personen aus dem aktuellen Vorstand porträtieren. Marcel Paolino und Beat Schlatter werden sich der Generalversammlung vom kommenden 6. November als Präsident und Vizepräsident vorschlagen.

Name	Paolino
Vorname	Marcel
Beruf	Preisstatistiker
E-Mail	marcel.paolino@bfs.admin.ch
Geburtsdatum	12. 5. 1964
Wohnort	Ulmiz
Sprachen	Deutsch, Französisch, Englisch, Italienisch
Hobbys	Politik, Lesen (Romane, Krimis), Kultur (Oper, Konzerte, Ausstellungen), Radfahren, Wandern

Lebenslauf

Marcel Paolino kann auf mehr als 14 Jahre Erfahrung in der Bundesverwaltung zurückblicken. 1994 kam er ins VBS und war als Revisor für das Truppenrechnungswesen tätig. 1996 wechselte er in die Sektion Betriebsstoffe und war als Bereichsleiter für den Unterhalt und den Betrieb der Tankanlagen zuständig, unter anderem auch für den Aufbau des Tankstellennetzes mit dem System BEBECO/SAP. Im Jahre 2000 wechselte er ins Finanzinspektorat und leitete die interne



Revision HEER. Bevor er ins Bundesamt für Statistik kam, war er von 2004 an im Eidg. Finanzdepartement in der Funktion eines Grossprojektleiters und führte das neue Rechnungsmodell ein und initialisierte das Modernisierungsprojekt Shared Service Center für das Finanzdepartement. Er ist seit 2006 zuständig für die Preisstatistik im Bundesamt für Statistik und leitet die Sektion PREIS, welche sich mit dem Konsumentenpreisindex, dem Produzenten- und Importpreisindex sowie dem Baupreisindex befasst. Marcel Paolino ist Sprecher auf verschiedenen nationalen und internationalen Preisstatistikveranstaltungen. Er ist Autor einiger Artikel über Preisstatistik und verschiedene Aspekte der Konsumentenpreise in führenden Zeitungen und Zeitschriften.

Warum ich freisinnig bin

Ich bin liberal, weil ich mich für eine moderne und freie Marktwirtschaft einsetze.

Name	Schlatter
Vorname	Beat
Beruf	Instruktor VBS
E-Mail	beat.schlatter@vtg.admin.ch
Geburtsdatum	18. 4. 1963
Wohnort	Thun
Sprachen	Deutsch, Französisch, Englisch, Bärndütsch (Grundkenntnisse)
Hobbys	Politik, Lesen (Biografien, Philosophie), Kochbücher sammeln

Lebenslauf

Beat Schlatter wurde am 18. April 1963 in Zürich geboren. Nach seinem Lehraabschluss bildete er sich über verschiedene Stationen weiter. Unter anderem beinhalteten diese berufsbegleitenden Studien die Ausbildung zum Marketingplaner, zum eidg. dipl. Berufsunteroffizier und verschiedene Weiterbildungen im Bereich der Andragogik sowie Personalführung.

Zuletzt schloss er das Diplom zum dipl. Betriebswirtschafter HWD ab.



Ab Herbst 2008 nimmt er das berufsbegleitende Studium zum MBA in Angriff.

Beat Schlatter ist, nach diversen beruflichen Stationen, als Instruktor der Luftwaffe tätig. Er ist Personalverantwortlicher für 96 Personalstellen. Im Weiteren verantwortet er den Bereich Kommunikation.

Zusätzlich ist er Prüfungsexperte zur Ausbildung zum Führungsfachmann sowie Co-Moderator im Assessment-Center für angehende Berufsunteroffiziere.

Warum ich freisinnig bin

Ich bin freisinnig, weil für mich Freiheit und Individualität einen grossen Stellenwert haben. Und weil ich der Meinung bin, dass sich Leistung auszahlen soll.

Möchten Sie Mitglied werden?

Sind Sie liberal denkend? Sind Sie eventuell sogar in einer FDP-Ortspartei? Arbeiten Sie im öffentlichen Dienst? Sind Sie an einer Mitgliedschaft interessiert? Rufen Sie Herrn Beat H. Schlatter an (079 582 39 20) an oder finden Sie unter www.fdp-od.ch das entsprechende Anmeldeformular.

Revision des Militärgesetzes (MG)

Gegen ein weichgespültes Militärgesetz – für eine glaubwürdige Milizarmee

Eine Allianz aus SVP und Militärgegnern höhnte während der Sommersession die Reform der Militärgesetzgebung in zentralen Punkten derart aus, dass ihr die FDP-Fraktion nicht mehr zustimmen konnte. Gibt der Ständerat kein Gegensteuer, werden Auslandseinsätze und Assistenzdienste so stark beschränkt, dass die Armee ihre Aufgaben nicht mehr glaubwürdig erfüllen kann. Eine internationale Sportveranstaltung wie die Euro 08 oder das WEF könnten in Zukunft kaum mehr in der Schweiz durchgeführt werden.

Von FDP-Nationalrat

Peter Malama (Basel)

Bei der vorliegenden Militärgesetzrevision geht es darum, das am 1. Januar 1996 in Kraft getretene Gesetz erstmals umfassend zu überarbeiten und den Erfahrungen und Entwicklungen seit Mitte der 1990er Jahre anzupassen. Grosse Teile der Revision des Militärgesetzes (MG) sind unbestritten. Nicht so zwei für die Glaubwürdigkeit der Armee bedeutsame Revisionspunkte: Sie betreffen die Ausbildung und den Einsatz von Angehörigen der Armee im Ausland sowie das parlamentarische Genehmigungsverfahren von Friedensförderungs- und Assistenzdiensten.



Peter Malama

WK-Obligatorium für Kampftruppen im Ausland sinnvoll

Die FDP-Fraktion unterstützt die Absicht des Bundesrats, eine gesetzliche Grundlage zu schaffen, um Ausbildungsdienste für spezielle Truppengattungen im Ausland durchzuführen und die Teilnahme daran wie in der Schweiz obligatorisch zu erklären. Es geht dabei nicht um die internationale Zusammenarbeit, sondern um die optimale Ausbildung der Schweizer Panzertruppen, Artillerie und Luftwaffe. Betroffen sind Truppengattungen, für welche in der Schweiz realistische Übungen nicht mehr durchgeführt werden können. Für grossangelegte, zeitgemässe Übungen der verbundenen Waffen und für den scharfen Schuss sind Schweizer Waffenplätze zu klein;

zudem sind die Anforderungen an den Lärm- und Landschaftsschutz in der dicht besiedelten Schweiz heute zu Recht hoch. Solche Verbandsübungen erfüllen ihren Ausbildungszweck – einsatznahes Training für die Truppe, Führungserfahrung für die Milizkader – nur dann, wenn möglichst der gesamte Verband daran teilnimmt. Deshalb macht das Obligatorium Sinn.

Einsatzobligatorium für militärisches Personal

Das militärische Personal, insbesondere Berufsoffiziere und Berufsunteroffiziere, soll nicht nur für Übungen, sondern auch für Einsätze im Ausland verpflichtet werden können. Während sechs Monaten im Einsatz zu stehen, ist eine wertvolle Erfahrung. Wir befürworten sie für Berufsoffiziere und -un-

teroffiziere als Kerntreger des Know-hows unserer Armee. Eine Einsatzmöglichkeit zudem, welche die meisten Instruktooren im Übrigen selber wollen und suchen. Aus solchen Einsätzen können wiederum Lehren für die Ausbildung der Miliztruppen gezogen werden. Die Eidgenössischen Räte haben 2007 beschlossen, die Kompetenz der Armee im Bereich der Friedensförderungs-einsätze auszubauen; nur mit diesem Obligatorium kann die Armee eine ausreichende Flexibilität im Bereich der Auslandseinsätze sicherstellen.

Zu diesem Punkt werden nicht zu Unrecht Bedenken geäussert, die ernst zu nehmen sind. Man befürchtet, dass deswegen Leute aus der Instruktion abspringen könnten. Um dem zu begegnen, könnte das Obligatorium im Sinne einer Versuchsphase mit Befristung eingeführt werden, um die Auswirkungen auf die Bestände des Korps nach gewisser Zeit prüfen zu können.

Kaum mehr Grossanlässe in der Schweiz möglich

Die Glaubwürdigkeit unserer Armee leidet insbesondere unter dem mit SVP-Unterstützung angenommenen links-grünen Antrag, «vorhersehbare und dauerhafte Assistenzdienste», also die meisten Einsätze der Armee zur Unterstützung ziviler Behörden, auszuschliessen. Sollte der Ständerat diesen Fehltritt nicht korrigieren, bedeutet dies: keine Armee-Einsätze mehr an internationalen Konferenzen (u. a. WEF Davos, Genève interna-

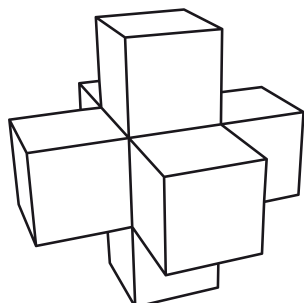
tionale), an Sportveranstaltungen (Euro 08), keine Unterstützung mehr des Grenzwachtkorps, keine Botschaftsbewachungen. Selbstredend, dass die Durchführung von Grossveranstaltungen damit grundsätzlich in Frage gestellt wird – die kantonalen Polizeikorps haben die entsprechenden Kapazitäten nicht. Wer das befürwortet, soll bitte aufzeigen, wie die Sicherheit dieser Veranstaltungen alternativ gewährleistet werden kann.

Ständerat muss Gegensteuer geben

Die nationalrätliche Debatte artete erneut in eine Grundsatzdiskussion aus, bei der die verfassungsmässigen Armeeaufträge gegeneinander ausgespielt wurden. Schliesslich demontierte die unheilige Allianz von Links-Grün mit der SVP die MG-Revision derart, dass die FDP-Fraktion sie in der Schlussabstimmung, zusammen mit der CVP-EVP-GLP-Fraktion, ablehnen musste. Eine Zustimmung zu dieser ungläubwürdigen und milizfeindlichen Vorlage wäre unverantwortlich. Sie würde zu einer Verschlechterung der heutigen Situation führen. Der Ständerat ist nun gefordert, in der Herbstsession die notwendigen Korrekturen anzubringen.

Schreiben Sie uns:

FDP Schweiz
Redaktion «Freisinn»
Postfach 6136
Neuengasse 20
3001 Bern
gnaegi@fdp.ch



Flyer

Unsere neuen Flyer können ab sofort gratis bestellt werden unter:
www.fdp.ch



Post-it mit FDP-Logo

Diese praktischen Notizzettel gehören in jedes Büro und in jeden Haushalt.

20x50 Blatt

Preis: Fr. 32.– zuzüglich Porto und Verpackung



Kugelschreiber

Fr. 35.–/50 St.

Bestelladresse: FDP Schweiz, Erwin Aebischer, Postfach, 3001 Bern,
E-Mail: aebischer@fdp.ch, Tel. 031 320 35 25

Weitere Artikel finden Sie unter: www.fdp.ch/shop

Chance des Monats



Website der FDP

Die FDP Wädenswil hat sich Anfang Jahr dazu entschlossen, ihre Homepage neu mit dem CMS-System der FDP Schweiz zu erstellen. Seit die Ortspartei diese Neuerung eingeführt hat, konnte sie viele Neueintritte verbuchen.

Fulvio Pelli hat an der Delegiertenversammlung in Olten nochmals dazu aufgerufen, dass wir alle denselben Auftritt haben sollen. Dass dies auch seine Wirkung hat und zur Nachahmung empfohlen wird, bestätigt das Beispiel der Ortspartei Wädenswil, welche sich über die Neumitglieder freut!



Kriminalität und Vandalismus müssen bekämpft werden. Bild: Reuters

Strafe muss sein - FDP-Fraktion will Mängel im Strafrecht beseitigen

Rund ein Jahr nach seiner Einführung ist offensichtlich, dass das System des Tagessatzes mit schweren Mängeln behaftet ist: Strafen in lächerlicher Höhe und Ungleichbehandlungen sind an der Tagesordnung. Die Geldstrafen haben oft keine abschreckende Wirkung! Die Schweiz braucht ein wirksames und effizientes Strafrecht. Kriminalität und Vandalismus müssen entschlossen bekämpft werden. Die FDP-Fraktion fordert vom Bundesrat eine Analyse der Situation und entsprechende Massnahmen.

Endlich tiefere Preise - Cassis de Dijon nützt allen

Der Abbau technischer Handelshemmnisse, wie zum Beispiel die Anwendung des Cassis-de-Dijon-Prinzips, ist das umfassendste und wirksamste Preissenkungsprogramm. Die Konsumentinnen und Konsumenten profitieren von Preissenkungen von insgesamt 2 Milliarden Franken. Aus diesem Grund fordert die FDP seit Jahren den Abbau technischer Handelshemmnisse. Die Handelshemmnisse müssen nun rasch abgebaut werden.

Nein zur Demontage der Armee

Die FDP-Fraktion hat in der Gesamtabstimmung im Nationalrat die Revision des Militärgesetzes abgelehnt. SVP, SP und Grüne haben gemeinsam dieses Gesetz derart demontiert, dass eine Zustimmung unverantwortlich gewesen wäre. Die Ausbildung im Ausland und zahlreiche Einsätze im Inland zugunsten der Zivilbevölkerung wären nicht mehr möglich.

In einer beispiellosen koordinierten Aktion haben SP, Grüne und SVP im Nationalrat das Militärgesetz ausgehöhlt. In Zukunft sollen Armeeangehörige nicht im Ausland ausgebildet werden können. Mit dem Verbot dieser Auslands-WK wird die professionelle Ausbildung der Schweizer Armeeangehörigen grundsätzlich in Frage gestellt.

SP und SVP haben zudem gemeinsam die planbaren Einsätze der Armee zugunsten der Zivilbevölkerung abgeschafft. Das bedeutet, dass Armeeeinsätze im Rahmen des WEF, der Lauberhorn-Skirennen oder auch der Euro 08 nicht mehr möglich wären. Diese Einsätze für die Sicherheit der Bevölkerung abzuschaffen, ist völlig widersinnig. Zudem wird dadurch die Durchführung solcher Anlässe grundsätzlich gefährdet.

Unter diesen Umständen wäre es völlig unverantwortlich gewesen, dem vorliegenden Militärgesetz zuzustimmen. Nun ist der Ständerat am Zug. Die FDP-Fraktion ist überzeugt, dass der Ständerat die notwendigen Korrekturen vornehmen wird.



Armeeangehörige im Einsatz - und das soll so bleiben! Bild: Keystone

Fraktionsausflug

Fraktionsausflug nach Thun

Am 4. Juni 2008 lud die FDP-Fraktion zum alljährlichen Ausflug. Zahlreiche Gäste folgten der Einladung nach Thun, so auch Bundespräsident Pascal Couchepin, Bundesrat Hans-Rudolf Merz, der Vize-Bundeskanzler Thomas Helbling und die beiden Regierungsräte Andrea Bettiga (GL) und Willi Haag (SG).



Einführung in die Photovoltaik-Industrie der Firma Meyer-Burger Technology AG.



Ein interessierter Bundespräsident Pascal Couchepin.

Erste Station des Fraktionsausflugs war die Firma Meyer-Burger Technology AG in Thun, ein global tätiges Schweizer Unternehmen, dessen Maschinen, Kompetenzen und Technologien Anwendung hauptsächlich in der Solarindustrie respektive Photovoltaik finden.



Die Fraktionspräsidentin, Nationalrätin Gabi Huber, übergibt dem Thuner Stadtpräsidenten, Hans-Ueli von Allmen, den Gutschein für den Verein TransFair.

Nach dem Empfang durch Walter Buchholz, Head of Corporate Communications, führten Mitarbeitende die Anwesenden durch die Firma. Der Einblick in die Produktion von Spezialsägemaschinen und die Vermittlung des Stellenwerts der Produkte im globalen Markt waren beeindruckend.

Kurz nach 15 Uhr empfingen die Hostessen von Thun Tourismus unter der Führung von Monika Naef die FDP-Ausflügler und -Ausflügerinnen zu einem Stadtrundgang. Obwohl die Berge wolkenverhangen waren, gelang es den Hostessen, charmant und mit neuen, unbekanntem Einblicken in die Geschichte der Stadt Thun die Gäste reichlich für das entgangene Panorama zu entschädigen. Der Bummel von der Schleuse durch die Altstadt über die Treppe hinauf zum Schloss, welches 1190 von Berchtold von Zähringen erbaut wurde, war voll spannender Details.

Das positive Bild von Thun rundete der von der Stadt offerierte Apéro im Rathaus perfekt ab. Hans-Ueli von Allmen, Stadtpräsident von Thun, begrüßte die Anwesenden herzlich. Die Fraktionspräsidentin, Nationalrätin Gabi Huber,

bedankte sich und gab dem Gefühl aller FDP-Teilnehmenden Ausdruck mit ihrer Aussage: «Thun ist eine offene und lebensfrohe Stadt, über die es noch viel zu lernen gibt.» Als Dank für die Gastfreundschaft übergab NR Huber dem Stadtpräsidenten einen Gutschein für den gemeinnützigen Verein TransFair.

Vom Rathaus ging es per Car zur Schiffsstation, wo die MS Berner Oberland zur Thunersee-Rundfahrt mit Nachtessen wartete. Nach der freundlichen Begrüssung durch Damian Pfister, Leiter Marketing der BLS AG, wandte sich Gabi Huber an die Anwesenden: «Keine Mühe bereitet uns deshalb auch die raue See, selbst wenn ein Nachtessen auf dem Thunersee natürlich mit gewissen Risiken verbunden ist. Die Assoziationen, die man damit verbindet, sind ja naheliegend: Die FDP geht baden; die FDP, das sinkende Schiff... Aber die FDP lässt sich nicht beirren. Wir halten unseren Kurs, den wir eingeschlagen haben. Dieser Kurs lautet: Alle Mann (und natürlich alle Frau) an Deck, volle Kraft voraus auf konsequent liberalem Kurs!»



FÖDERALISMUS IM BILDUNGSWESEN

Delegiertenversammlung 28. Juni in Olten

Dreimal Ja!

Die Delegierten haben sich deutlich für die Einschränkung des Verbandsbeschwerderechts ausgesprochen. Ein klares Ja gab es beim Betäubungsmittelgesetz und ein knappes Ja für die Hanf-Initiative.



Führten eine engagierte Podiumsdiskussion: Rolf Schweizer, Ständerat ZG, Philippe Nantermod, Mitglied des Initiativkomitees, Stefan Brupbacher, Moderator, Kurt Fluri, Nationalrat SO, und Peter Malama, Nationalrat BS (v.l.n.r.).

Rund 220 Delegierte fanden bei sommerlichen Temperaturen den Weg nach Olten. Auf dem Programm standen wichtige Themen. Nicht hitzig, sondern angeregt und konstruktiv waren die Diskussionen. Nebst der Präsentation der Task-Force Umwelt galt es, über drei Vorlagen abzustimmen.

Verbandsbeschwerde-Initiative

Bei der Präsentation der Initiative hörten die Delegierten eine engagierte und kämpferische Doris Fiala. Die Zürcher Nationalrätin setzte sich mit Nachdruck für die Initiative ein und betonte, dass diese nicht gegen den Umweltschutz gerichtet sei. Sie stellte die klare Forderung in den Mittelpunkt: «Bauvorhaben, die vom Volk oder vom Parlament demokratisch gutgeheissen worden sind, sollen nicht mehr von privaten Verbänden im Nachhinein blockiert oder ganz verhindert werden können.» Die Delegierten bildeten sich auch auf-



Rolf Schweizer, Ständerat ZG, Philippe Nantermod, Mitglied des Initiativkomitees, und Doris Fiala, Nationalrätin ZH, freuten sich über das klare Ja bei der Verbandsbeschwerde-Initiative.



Freuten sich über die Ja-Parole bei der Hanf-Initiative: Rolf Schweizer, Ständerat ZG, und Christa Markwalder, Nationalrätin BE.

grund der interessanten Podiumsdiskussion ihr Meinung. Am Schluss der engagierten Diskussion warfen 142 von 216 Delegierten ein Ja in die Urne, 57 ein Nein und 17 Delegierte legten leer ein.

Drogenpolitik

Ständerat Felix Gutzwiller informierte die Anwesenden über die Reform des Betäubungsmittelgesetzes. Die Ausführungen waren überzeugend, denn es resultierte eine klare Zustimmung.

Kurz vor Schluss gelang es Christa Markwalder, die Delegierten, wenn auch knapp, für die Hanf-Initiative zu gewinnen. Das Begehren will via Verfassung erreichen, dass Konsum, Besitz, Anbau und Erwerb psychoaktiver Substanzen der Hanfpflanze zum Eigenkonsum straffrei werden; Anbau und Handel

sollen durch den Bund reguliert und der Jugendschutz gewährleistet werden. Während der Nationalrat die Initiative deutlich abgelehnt hatte, war die Ablehnung im Ständerat weniger klar. Es war Ständerat Rolf Schweiger, der angesichts der halben Million Cannabiskonsumenten im Land auf die «Scheinheiligkeit» der Drogenpolitik hinwies: Der Staat könne das Verbot nicht umsetzen. Kiffer zu jagen, sei rechtsstaatlich nicht zu vertreten. Mit 86 zu 83 Stimmen votierten die Delegierten für die Initiative. Mitinitiantin Christa Markwalder blickte mit einem breiten Lachen in die Kameras und freute sich über das Resultat.



Ernst Zingg, Stadtpräsident Olten, begrüsst die Delegierten.

Ein musikalisches Adieu

Petra Studer, langjährige Mitarbeiterin des Generalsekretariates, wurde am Vorabend der Delegiertenversammlung feierlich verabschiedet. Die scheidende Stv. Leiterin Fraktion und Politik bewies, dass sie sich nicht nur in der Politik zuhause fühlt. Die begnadete Sopranistin gab ein paar wunderschöne Stücke zum Besten. Begleitet wurde sie am Klavier von Ständerat Rolf Schweiger, der mit seinen Klavierkünsten manchen verblüffte.



Fulvio Pelli bei seiner Rede.



Zwei, die die Musik im Blut haben: Petra Studer und Rolf Schweiger.



Jacqueline de Quattro, Präsidentin FDP-Frauen Schweiz, hielt die Abschiedsrede für Ex-Generalsekretärin Barbara Perriard.



Hillary Clinton - der Weg zur ersten amerikanischen Präsidentin

In den letzten Monaten haben sich die Medien weltweit fast täglich mit Hillary Clinton beschäftigt. Sie ging als klare Favoritin in den Wahlkampf um die US-Präsidentschaft, musste nun aber das Feld ihrem demokratischen Gegenkandidaten Barack Obama überlassen. Zeit für einen Rückblick auf die erste Frau, die reelle Chancen hatte, Präsidentin der USA zu werden.

**Von Claudine Esseiva,
Generalsekretärin FDP-Frauen**

Die US-Senatorin Hillary Clinton ist schon seit längerem eine bekannte Figur im amerikanischen und internationalen politischen Leben. Die Rechtsanwältin aus Illinois kam schon früh in Kontakt mit der Politik und arbeitete unter anderem als Rechtsberaterin für den Justizausschuss während der Watergate-Affäre. 1975 heiratete sie Bill Clinton, und das Ehepaar Clinton gehörte rasch zu einem sicheren Wert im amerikanischen Politalltag. Höhepunkt des gemeinsamen politischen Engagements war die Wahl Bill Clintons zum Präsidenten der USA im Jahr 1992. In ihrer Rolle als First Lady arbeitete sie aktiv in der Regierung mit und gewann viel Respekt und Achtung bei den Amerikanern. Während der öffentlichen Ehekrise zeigte sie sich auch privat als Kämpferin. Im Jahre 2001 wurde sie zur Senatorin des Bundesstaates New York gewählt und trieb fortan ihre eigene politische Karriere voran.

Ihr grösstes politisches Abenteuer begann Anfang dieses Jahres, als sie als klare Favoritin in das Rennen um die Präsidentschaftskandidatur der Demokraten ging. Während des ganzen Wahlkampfes bekam Hillary Clinton sehr viel Unterstützung von Frauen aus verschiedenen sozialen Schichten. Dieses Phänomen der Solidarisierung war ein ganzer wichtiger Antrieb für Hillary Clinton. In ihrem Wahlkampf liess sie jedoch den Aspekt «Gender» (Geschlechterfrage) bewusst aus und konzentrierte sich



Hillary Clinton

Bild: Reuters

auf drei Kernthemen: Stärkung der Mittelklasse, soziale Sicherheit und der Rückzug aus dem Irakkrieg.

Es war jedoch ein anderes Thema, dass die amerikanische Bevölkerung bewegte. Der Wunsch nach einem politischen Wechsel, weg von den alten politischen Familiendynastien hin zu neuen unbelasteten und unverbrauchten Politikern. Barack Obama erkannte diesen Zeitgeist und wusste mit seiner Wahlkampfstrategie «Change» zu

überzeugen. Er gewann die innerparteiliche Vorwahl, auch wenn nur mit einem knappen Mehr. Am 7. Juni 2008 gab Hillary Clinton in Washington bekannt, ihren Wahlkampf auszusetzen und in Zukunft die Kandidatur von Barack Obama zu unterstützen.

Die Enttäuschung über diese Niederlage ist nicht nur bei ihren Anhängerinnen und Anhängern gross. Für viele Frauen auf der ganzen Welt ist Hillary Clinton ein

Vorbild. Was sie erreicht hat, ist bemerkenswert. Während des Wahlkampfes wurde sie hart attackiert und als vom Ehrgeiz getriebenes Karriereweib dargestellt. Hillary Clinton hielt dem Druck stand, verfolgte konsequent ihren Weg und bewies, dass eine Frau in einem der vermutlich härtesten Wahlkämpfe sehr wohl mithalten kann. Sie ist die erste Frau, die reelle Chancen hatte, Präsidentin der USA zu werden. Dank ihr wird auch die Frage, ob eine Frau Oberkommandierende der Streitkräfte sein kann, mit einem klaren Ja beantwortet. Dies ist eine unglaubliche Entwicklung, wenn man bedenkt, wie die Stellung der Frau noch vor 50 Jahren war.

Und sie zeigt auf: Eines Tages wird eine Frau als Präsidentin in das Weisse Haus einziehen. Wer auch immer das sein wird, sie hat Hillary Clinton viel zu verdanken und wird sich sicherlich an ihre Abschlussrede erinnern.

«I ran as a daughter who benefited from opportunities my mother never dreamed of, I ran as a mother who worries about my daughter's future and a mother who wants to leave all children brighter tomorrows. To build that future I see, we must make sure that women and men alike understand the struggles of their grandmothers and their mothers, and that women enjoy equal opportunities, equal pay and equal respect. Let us resolve and work toward achieving some very simple propositions: There are no acceptable limits, and there are no acceptable prejudices in the 21st century.»

Eine Frau schreibt Landsgemeinde-Geschichte



Marianne Dürst

Bild: NZZ

(ce) Zum ersten Mal in der Geschichte des Kantons Glarus und zum ersten Mal in der Schweiz überhaupt hat am 4. Mai eine Frau durch eine Landsgemeinde geführt – nämlich die vormalige Präsidentin der FDP-Frauen Schweiz, Marianne Dürst!

Einzig in den Kantonen Appenzell Innerrhoden und Glarus werden noch Landsgemeinden abgehalten. Dieser exklusive Schweizer Brauch wurde nun zum ersten Mal von einer Frau geleitet. Die neue Frau Landanmann Dürst übernahm das Landesschwert von ihrem Vorgänger Röbi Marti (SVP) und führte gekonnt und souverän durch die dreistündige Landsgemeinde.

Bei der anschliessend Feier wurde Frau Marianne Dürst ausgiebig gefeiert. Persönlichkeiten aus der Politik, Kultur und Wirtschaft gratulierten der Frau Landanmann. Auch wir FDP Frauen gratulieren Marianne Dürst sehr herzlich. Wir sind stolz auf sie!

Au revoir, Barbara Perriard

(ce) An der Delegiertenversammlung vom 28. Juni 2008 in Olten wurde die ehemalige Generalsekretärin der FDP-Frauen Barbara Perriard offiziell verabschiedet. Barbara Perriard war die erste Generalsekretärin der FDP-Frauen und die treibende Kraft für die liberale Frauenlobby. Die Präsidentin Jacqueline de Quattro bedankte sich in ihrer Abschlussrede für das langjährige Engagement und würdigte ihre professionelle Arbeit.

Wir wünschen Barbara Perriard für ihre Zukunft viel Erfolg und sind überzeugt, dass sie als neue Leiterin Public Relations bei Hofer Kommunikation in Bern ebenso zu begeistern weiss.



Barbara Perriard bei der Verabschiedung während der DV.

In eigener Sache

Vor etwa einem Monat habe ich die Nachfolge von Barbara Perriard als neue Generalsekretärin der FDP-Frauen angetreten. Ich freue mich sehr über meine neue Aufgabe und bin mir der grossen Herausforderung bewusst. Zusammen mit unserer Präsidentin Frau Jacqueline de Quattro und der Vizepräsidentin Irene Thalmann werde ich mich mit viel Herz und Energie für die liberale Frauenlobby engagieren.

Claudine Esseiva

Fünf Fragen an

Irene Thalmann

Vize-Präsidentin FDP-Frauen Schweiz, Kantonsrätin Schwyz, Familienfrau/Unternehmerin, verheiratet, zwei Kinder

1. Was waren Ihre Gründe, sich politisch zu engagieren?

Bereits in der Sekundarschule hat mich die Schweizer Politik sehr interessiert. Schon damals schlug mein Herz für die FDP. Meine bürgerlich-liberale politische Überzeugung hat übrigens während der Sekundarschulzeit etliche Probleme ausgelöst. Mein Sekundarlehrer war überzeugter Kommunist und liess mich dies auch immer wieder spüren und wissen.

2. Was gefällt Ihnen am besten an der Schweiz?

Mir gefällt an der Schweiz vor allem die Vielfalt. Schöne Städte, wunderschöne Landschaften, die Berge, die Seen und auch die Sprachenvielfalt. Wir haben sehr viele Freizeitmöglichkeiten praktisch vor der Haustüre. Nicht zuletzt bin ich aber über die stabile Situation in unserem Land sehr froh.

Während meiner sportlichen Vergangenheit habe ich ganz andere Länder kennengelernt, z. B. während der EM 1983 in Rumänien unter der Herrschaft des früheren Diktators Ceausescu...

3. Was war Ihr politischer Höhepunkt?

Das war sicher die Wiederwahl in den Kantonsrat im März 2008. Dies in einer Gemeinde (Freienbach), wo die andere bürgerliche Partei 50% der Sitze gewonnen hat! Aber auch die Wahl zur ersten Präsidentin der FDP-Frauen Kanton Schwyz und die Wahl zur Vizepräsidentin der FDP-Frauen Schweiz haben mich sehr gefreut.

4. Welchen Ratschlag geben Sie einer jungen Politikerin?

Brauchen die heutigen jungen Damen überhaupt noch einen Ratschlag für den Einstieg in die Politik? Wenn ja, dann würde ich drei Eigenschaften vorschlagen: mutig, konsequent, durchsetzungsfähig.

5. Wenn Beamen möglich wäre, wohin oder in welche Zeit ginge Ihre Reise?

Ich würde gerne noch viele Städte, vor allem in Europa, kennenlernen. Eine Zeitreise lasse ich jedoch gerne aus.

«Die Jungen sind im Grossen Rat untervertreten, es liegt an uns Jungpolitikern, dies zu ändern»

Am 14. September 2008 werden im Kanton Basel-Stadt die Legislative und die Exekutive neu bestellt. Die Jungfreisinnigen treten mit zwanzig Kandidierenden auf der Liste der Basler FDP an.

Mit dieser starken Vertretung und einem kreativen Wahlkampf unter dem Motto «Die Sesselstürmer» wollen die Jungen ihren Teil dazu beitragen, die freisinnige Führungsposition im bürgerlichen Lager zu stärken. Weiter soll der rot-grünen Mehrheit in Parlament und Regierung ein Ende bereitet werden.

Carol Baltermia ist seit Februar dieses Jahres Vorstandsmitglied der Basler Jungfreisinnigen. Im Interview spricht er über seine Motivation und legt dar, wie er die gesteckten Ziele erreichen möchte.



Carol Baltermia

Du kandidierst in diesem Herbst erstmals für ein politisches Amt. Hast du schon Rückmeldungen aus deinem Umfeld erhalten?

Viele reagierten sehr positiv auf meine Kandidatur und freuten sich, dass ich diesen Schritt mit meinen jungen Jahren wage. Ein paar meinten, dieser Schritt könnte für mich noch ein wenig zu früh kommen.

Was entgegnest du solchen Leuten?

Klar ist dies ein grosser Schritt, aber ich stelle mich gerne dieser Herausforderung. Man darf sich nicht immer zurückziehen, sondern sollte – wenn man eine solche Chance hat – diese packen. Dies entspricht auch meinem Naturell. Im Gespräch mit erfahrenen Politikern meinten viele, dass die Erfahrungen während eines Wahlkampfes für den späteren politischen Werdegang nur von Vorteil seien.

Durch die Reduktion der Sitze im Grossen Rat von 130 auf 100 wird es besonders für junge Politiker schwierig. Welche Chancen rechnest du dir aus?

Einfacher wird es für uns Junge bestimmt nicht, aber dies sollte für

junge Politiker ein Ansporn mehr sein, sich für ihre Themen stark zu machen. Die Jungen sind im Grossen Rat untervertreten, es liegt an uns Jungpolitikern, dies zu ändern. Ich halte auch nichts von Ideen wie Quotenplätzen für Junge im Grossen Rat. Dies wäre wohl aufgrund «künstlicher» Sitze eher noch kontraproduktiv für uns.

In Umfragen geniessen Politiker regelmässig wenig Vertrauen. Glaubst du an die Politik?

Sicher unterliegt die Politik gewissen Sachzwängen, oder Politiker versprechen Dinge, die sie nicht halten können. Ich glaube aber daran, dass die Politik etwas ändern kann. Vor allem im persönlichen Umfeld kann jeder viel bewirken. Hier hat man selbst viel mehr Glaubwürdigkeit und Überzeugungskraft. Es muss auch nicht jeder gleich in einer Partei aktiv werden, aber engagiert Euch, diskutiert, macht auf Eure Anliegen aufmerksam!

Mit welcher Botschaft gehst du in den Wahlkampf?

Ich stehe für eine dynamische, offene und liberale Politik, der Cha-

rakter meiner Forderungen ist aber sicher jugendlich dominiert. So stehe ich z. B für eine moderate Verlängerung der Ladenöffnungszeiten. Damit würde die Attraktivität und Konkurrenzfähigkeit des Einkaufsstandortes Basel-Stadt weiter gefördert werden, und auch die Gastwirtschaftsbetriebe könnten davon profitieren. Basel-Stadt wird auch oftmals etwas despektierlich als Schlafstadt bezeichnet. Eine Anpassung des Boulevardplans Basel-Stadt wäre aus meiner Sicht sicher auch nicht ganz verkehrt, gemäss welchem es nur in sehr wenigen Gebieten erlaubt ist, nach 24.00 Uhr am Wochenende Boulevard-, Terrassen- und Gartenwirtschaften zu betreiben. Als mögliche neue Alternative denke ich hier v. a. an die Gerbergasse, den Markt- oder Claraplatz. Mittel- oder langfristig würde ich gerne die Machbarkeit eines richtigen Uni-Campus nach amerikanischem Vorbild prüfen, doch dies hat noch ein wenig Zeit.

«Liberal» sein ist offensichtlich momentan in Mode. Was bedeutet dieses Wort für dich eigentlich?

Liberalismus bedeutet für mich, ein Maximum an persönlicher Freiheit sowie die Übertragung von Eigenverantwortung auf den Bürger.

Du gibst in deinem Profil Sport als eines deiner Hobbys an. Wirkt sich dies auch auf deine Politik aus?

Wer Sport treibt, stärkt seine Gesundheit und steigert seine Leistungsfähig- und Belastbarkeit – dies ist allgemein bekannt. Deshalb müssen Voraussetzungen geschaffen werden, dass jeder sein Hobby frei ausüben kann. Denn für die soziale Integration ist der Sport enorm wichtig. Im Sport erfahren Schwächere, dass auch sie als Teil des Ganzen Verantwortung tragen.

Was ist für dich das Wichtigste in der Politik?

Respekt ist für mich eine unabdingbare Voraussetzung, um konstruktive Politik zu betreiben. Ich kann noch so viele Dinge meines Gegners für politisch falsch halten, doch gleichwohl kann ich ihn als Person achten. Das erwarte ich ja auch umgekehrt.



80 Jahre Jungfreisinn

Die Jungfreisinnigen sind schon ganz schön alt – am 23. August feiern wir unseren 80. Geburtstag!

Gerne laden wir freisinnige Mitglieder und Sympathisanten ein, dies gebührend mit uns zu feiern. Der Anlass wird im Raum Bern stattfinden. Details folgen via Newsletter und auf unserer Homepage.

Das Mehrwertsteuersystem muss vereinfacht werden

«Einfach vorwärts» dank MWSt-Reform

Die Jungfreisinnigen Schweiz unterstützen die Vereinfachung der Mehrwertsteuer wie auch die Einführung eines einzigen Steuersatzes. Nur die Kombination aus Vereinfachung und Einheitssatz erzeugt wesentliche Wachstumseffekte und vermindert die administrative Belastung der Wirtschaft, vor allem der KMU.

Die MWSt-Reform ist längst überfällig. Insbesondere die KMU leiden unter den enormen administrativen Belastungen durch das komplexe und schwerfällige Regelwerk. Dort, wo Sonderbestimmungen und Ausnahmen zur Regel werden, stimmt etwas grundsätzlich nicht mehr. Die Jungfreisinnigen Schweiz begrüssen daher das «Ausmisten» der MWSt-Gesetzgebung von Bundesrat Merz und unterstützen die Revision nach Kräften.

Die Reform würde aber auf halbem Weg stehenbleiben, wenn nicht auch der Mehrwertsteuer

ersatz vereinheitlicht würde. Nur in Kombination mit dem Einheitssatz wird die Vereinfachung der MWSt-Gesetzgebung ihre volle Wirkung erzielen. Nur so werden echte Effizienzgewinne in der Administration in den Betrieben möglich. Ausnahmen führen zu Streuverlusten, erhöhen die Steuerungerechtigkeit und dienen nur protektionistischen Partikularinteressen, die der volkswirtschaftlichen Entwicklung der Schweiz schaden. Die Jungfreisinnigen Schweiz haben sich daher für einen mutigen und ebenso konsequenten Schritt eingesetzt und hätten es gerne

gesehen, wenn auch der Bundesrat einen Einheitssatz ohne Ausnahmen vorgeschlagen hätte.

Für die Jungfreisinnigen Schweiz zählen aber nicht nur die Auflösung des Gesetzgebungsdickichts und ein Einheitssatz. Ebenso wichtig sind die Abläufe und die Umsetzung des MWSt-Regelwerks in der Steuerverwaltung. Hier fordern wir von den Beamten das notwendige Augenmass bei der Auslegung der Bestimmungen. Die KMU dürfen durch Verwaltungsabläufe nicht behindert oder schikaniert werden.

Konsequenzen der Demografie

Finanzpolitisches Horrorszenario

Die Jungfreisinnigen sehen sich durch den neusten Bericht über die Langzeitperspektiven der öffentlichen Finanzen erneut bestätigt.

Ohne Reformen insbesondere in der Altersvorsorge steigt die Schuldenquote von heute 50% auf rund 130%. Ohne geeignete Massnahmen steigen die Belastungen für Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen ab 2020 ins Uferlose. Die Jungfreisinnigen fordern endlich eine tabulose Diskussion über die Herausforderungen der Demografie. Um die Generationengerechtigkeit zu wahren, schlagen sie unter anderem vor, den Altersquotienten auf dem heutigen Niveau zu fixieren.

Der neuste Bericht der eidgenössischen Finanzverwaltung erlaubt uns einen Blick in die Zukunft. In eine Zukunft, die leider immer noch die wenigsten wahrnehmen wollen, obwohl der Schatten der demografischen Entwicklung eigentlich erkennbar wäre. Die Fakten des Berichts sind besorgniserregend. Ohne geeignete Gegenmassnahmen steigen aufgrund der Veränderung der Altersstruktur der Bevölkerung die Schulden von den Gemeinden, den Kantonen und dem Bund von heute 50% des BIP bis 2050 auf



130%. Die Folgen für die Bürger und den Arbeits- und Arbeitsplatz Schweiz wären verheerend.

Die grösste Herausforderung liegt dabei im Bereich der Altersvorsorge. Heute finanzieren vier Erwerbstätige einen Rentner (Altersquotient 25%). Im Jahre 2050 werden aufgrund alternder Baby-Boom-Generationen noch zwei Erwerbstätige einen Rentner finanzieren müssen. Das

EFD errechnet alleine für den Bereich Alterssicherung/IV mit jährlich zusätzlichen 2,8 BIP-% demografieabhängigen Ausgaben! Diese Mehrbelastungen führen ohne Gegenmassnahmen oder massiv höhere Steuern und Sozialabgaben zu einer gewaltigen Finanzierungslücke und bergen die Gefahr einer Explosion der Verschuldung.

Die Jungfreisinnigen kämpfen seit Jahren mit konkreten Vorschlägen für eine echte Reform der Altersvorsorge, um die Generationengerechtigkeit wiederherzustellen. So fordern sie eine Abschaffung des Mischindex, eine zügige Herabsetzung des BVG-Umwandlungssatzes auf 6,0% und die Einführung eines fixen Altersquotienten von 25%. Damit würde die Plünderung der AHV-Kassen durch die heutigen Rentner automatisch verhindert und das Regelrentenalter Schritt um Schritt bis auf rund 70 Jahre angehoben werden.

Starker Patentschutz fördert Innovation

Der Entscheid des Nationalrates von Anfang Juni, im Patentrecht die nationale Erschöpfung beizubehalten, hat hohe Wellen geworfen. Dieser Entscheid sei konsumentenfeindlich, da er sogenannte «Parallelimporte» verhindere – so der allgemeine Tenor. Die FDP hat diesen Entscheid wesentlich mitgetragen, weil sie davon überzeugt ist, dass die nationale Erschöpfung im Patentrecht den Wohlstand in der Schweiz am besten sichert. Die Lösung des Bundesrates garantiert den Innovationsschutz.



Milchprodukte können problemlos parallel importiert werden...



...Elektronikprodukte jedoch nicht.

Parallelimporte: Das Wort tönt verführerisch. Es macht glauben, dass mit deren Einführung jedes Produkt in der Schweiz günstiger wird. Dieser Mythos wird von der Linken bis zur CVP und den meisten Medien gepflegt. Dieser Mythos hat aber einen Mangel: Er ist falsch.

Im nachfolgenden Artikel wird die Frage der sogenannten Parallelimporte näher beleuchtet. Das Wichtigste aber gleich vorab: Parallelimporte werden auch mit der FDP-Lösung möglich sein. Denn die Erschöpfungsfrage betrifft nur patentgeschützte Güter wie etwa Elek-

tronikgeräte. Lebensmittel oder Markenkleider sind davon überhaupt nicht betroffen. Und selbst bei patentgeschützten Gütern können Patentinhaber ihr Alleinimportrecht nur dann einklagen, wenn ihr Patent wesentlich für das Produkt ist. Eine patentgeschützte Verpackung alleine reicht beispielsweise nicht.

Patentgesetz: lange Geschichte

Im Dezember 2007 hat der Bundesrat dem Parlament nun seinen Vorschlag zum Systementscheid bei der Erschöpfung unterbreitet.

Der Bundesrat will die nationale Erschöpfung im Patentrecht gesetzlich festschreiben. Gleichzeitig verstärkt der Bundesrat den Schutz vor Missbrauch bei der nationalen Erschöpfung: Bereits nach geltendem Recht kann der grenzüberschreitende Wiederverkauf von marken- oder urheberrechtlich geschützten Erzeugnissen nicht unterbunden werden, indem solchen Erzeugnissen ein patentierter Bestandteil von nebensächlicher Bedeutung beigelegt wird. Diese flankierende Konfliktregelung soll auf solche Fälle ausgedehnt werden, in

denen ein im Ausland rechtmässig erworbenes Erzeugnis einen patentierten Bestandteil aufweist, der für die funktionelle Beschaffenheit des Erzeugnisses von untergeordneter Bedeutung ist. Um die Wirkung dieser Konfliktregelung weiter zu verbessern, schlägt der Bundesrat eine Beweislastumkehr mit vermindertem Beweismass vor: Der Patentinhaber muss glaubhaft machen, dass der patentierte Bestandteil für die funktionelle Beschaffenheit der Ware nicht von untergeordneter Bedeutung ist. Bei Waren, deren patentgeschützter

Teil nebensächlich ist (etwa Verpackung von Lebensmitteln), wird durch den Bundesratsvorschlag also eine internationale Erschöpfung eingeführt.

Parlamentarische Debatte

Die FDP hat sich mit der Vernehmlassung vom 20. Juni 2007 klar für die Vorlage des Bundesrates ausgesprochen, welche grundsätzlich die nationale Erschöpfung vorsieht. Hauptgrund für diesen Entscheid ist die Unterstützung der FDP des Forschungs- und Innovationsstandortes Schweiz. Mit der nationalen Erschöpfung wird der Patentschutz in der Schweiz auf optimale Weise garantiert. Ausserdem bestätigen diverse Untersuchungen, dass eine regionale oder internationale Erschöpfung kaum Preissenkungspotenzial bringt. Vielmehr sind dafür andere Massnahmen zu treffen – wie etwa die Beseitigung technischer Handelshemmnisse, die die FDP befürwortet. Zudem unterstützt die FDP weiterhin die vom Parlament angenommene Missbrauchsregelung, gemäss welcher der Parallelimport von marken- oder urheberrechtlich geschützten Waren nicht mehr unterbunden werden darf, indem den Waren ein patentierter Bestandteil von nebensächlicher Bedeutung beigelegt wird.

Der Nationalrat hat am 5. Juni 2008 für den Entwurf des Bundesrates und damit für die nationale Erschöpfung gestimmt. Damit hat sich der Nationalrat gegen seine vorberatende Kommission gestellt:

Diese wollte eine einseitige regionale Erschöpfung mit der EU einführen. Die Frage der Erschöpfung im Patentrecht gelangt nun in den Ständerat. Dieser wird noch in diesem Jahr über die Frage befinden.

Gemischte Erschöpfung beste Lösung

Die FDP wird sich weiterhin für die Lösung des Bundesrates einsetzen. Denn diese ist die beste aller Lösungen im Patentrecht. Es handelt sich um eine sinnvolle Mischung aus nationaler und internationaler Erschöpfung: Nationale Erschöpfung dort, wo Innovation wichtig ist und daher ein wirksamer Schutz des geistigen Eigentums notwendig ist, sowie internationale Erschöpfung dort, wo die Innovation von geringer Bedeutung ist (wenn die patentierte Technologie nicht das Wesen der Ware ausmacht). Alle anderen Erschöpfungssysteme sind mit massiven Mängeln behaftet:

Die einseitige regionale Erschöpfung widerspricht internationalem Recht. Sie verstösst insbesondere gegen das Immaterialgüter-Abkommen der WTO (TRIPS-Abkommen). Damit würde die Schweiz eine Klage anderer Staaten riskieren – diese würde dem Ruf der Schweiz massiv schaden.

Eine zweiseitige regionale Erschöpfung mit der EU würde einen Staatsvertrag bedingen. Dessen Aushandlung dürfte Jahre dauern. Hinzu kommt, dass die EU bei einem solchen Vertrag wohl die Abkehr der Schweiz von der interna-

tionalen Erschöpfung im Marken- und Urheberrecht verlangen würde. Damit könnten Schweizer Parallelimporteure beispielsweise keine Markenkleider aus Asien oder den USA mehr importieren – die Preise für Markenkleider würden steigen.

Die reine internationale Erschöpfung schliesslich würde den Parallelimport patentgeschützter Güter aus aller Welt, auch aus Entwicklungsländern, bedeuten. Die Qualität dieser Güter wäre häufig zweifelhaft. Und der Patentschutz, den die Schweizer Unternehmen durch das Patentrecht geniessen, wäre hinfällig. Das wären ganz schlechte Aussichten für den Innovations-

und Forschungsstandort Schweiz. Kein Industrieland kennt denn auch die internationale Erschöpfung im Patentrecht.

In der parlamentarischen Debatte wurde von der CVP die regionale Erschöpfung mit einer Ausnahme für Produkte, deren Preise administriert werden, gefordert. Eine solche Lösung würde bedeuten, dass insbesondere Medikamente von einem starken Patentschutz profitieren würden, während andere Produkte dem Parallelimport ausgesetzt wären. Die FDP lehnt diese Sonderlösung für eine Branche ab. Der Innovationsschutz muss branchenübergreifend gelten.

Begriffsklärung

Was heisst «Erschöpfung»?

Die Erschöpfung bezeichnet das Verhältnis des Verbotsrechts eines Patentinhabers zu den Benutzungsrechten des Erwerbers einer patentgeschützten Ware. Diese Verbots- und Benutzungsrechte geraten in Konflikt. Der Ausgleich zwischen den Interessen des Patentinhabers und des Erwerbers wird durch den Erschöpfungsgrundsatz bzw. die Festlegung der territorialen Reichweite der Rechte geschaffen.

Was bedeutet nationale Erschöpfung?

Voraussetzung: Im Inland wird ein Patentrecht für ein Erzeugnis erteilt. Wenn nun das Erzeugnis im Inland mit Zustimmung des Patentinhabers in Verkehr gebracht wird, gehen seine Verbotsrechte unter. Der Erwerber hat freies Gebrauchs- und Weiterveräusserungsrecht. Wenn das Erzeugnis im Ausland in Verkehr gebracht wird, gehen die Verbotsrechte im Inland nicht unter. Die Einfuhr erfordert die Zustimmung des Patentinhabers.

Weitere Varianten der Erschöpfung

Nebst der nationalen Erschöpfung, welche Favorit sowohl der FDP als auch des Bundesrates ist, gibt es die regionale und die internationale Erschöpfung. Bei der internationalen Erschöpfung könnten patentgeschützte Güter in allen Ländern frei verkauft werden. Bei der regionalen Erschöpfung würde der Verkauf für eine bestimmte Region – etwa die Europäische Union – erlaubt. Eine regionale Erschöpfung könnte einseitig (mittels Erklärung der Schweiz) oder zweiseitig (durch Vertrag mit der EU) eingeführt werden.

Was sind Parallelimporte?

Parallelimporte liegen vor, wenn im Inland patentgeschützte Produkte aus dem Ausland ins Inland importiert werden. Dieser Import passiert typischerweise durch einen Importeur, der nicht gleichzeitig Hersteller des Produkts ist. Wer einen solchen Parallelimport verhindern will, muss vor Gericht klagen. Die Vorlage des Bundesrates sieht kein gesetzliches Verbot von Parallelimporten vor.



Zoll: für patentgeschützte Produkte ist hier Schluss.

Sommersession 2008

In der Sommersession 2008 standen verschiedene gewichtige Geschäfte auf dem Programm. Beide Räte beschäftigen sich mit der Weiterführung und Ausdehnung der Personenfreizügigkeit. Der entsprechende Bundesbeschluss wurde angenommen. Die Räte konnten des Weiteren folgende wichtige Geschäfte bereinigen: IV-Zusatzfinanzierung, Verlängerung des «Ärztstopps» sowie die Neuordnung der Pflegefinanzierung. Dagegen konnte die Legislaturplanung 2007–2011 nicht wie geplant bereinigt werden.



Jon A. Fanzun

Von Jon A. Fanzun, Leiter Fraktion und Politik

Der Nationalrat behandelte u. a. den Systementscheid bei der Erschöpfung im Patentrecht, zwei Rahmenkredite für die Entwicklungszusammenarbeit, das Militärgesetz und die Zivilprozessordnung. Der Ständerat beschäftigte sich u. a. mit der Gesamtschau Finöv, der Lex Koller, der Volksinitiative «für ein flexibles AHV-Alter» sowie mit dem Rüstungsprogramm 2008.

Beide Räte führten des Weiteren dringliche Debatten zu den Erdöl- und Lebensmittelpreisen durch.

Bilanz aus Sicht der FDP-Fraktion

Aus Sicht der FDP-Fraktion kann folgende Bilanz gezogen werden:

Personenfreizügigkeit: Beide Räte verabschiedeten die Verlängerung und die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Rumänien und Bulgarien. Die FDP-Fraktion sprach sich dafür aus, dem Stimmvolk zwei getrennte Vorlagen zu präsentieren. Der Nationalrat folgte dieser Haltung und sprach sich für zwei getrennte Vorlagen aus. In der Einigungskonferenz setzte sich allerdings die ständerätliche Position durch, wonach dem Volk eine Abstimmungsvorlage unterbreitet werden wird.

Patentrecht: Der Nationalrat hat den Systementscheid bei der Erschöpfung im Patentrecht behandelt. Die grosse Kammer sprach sich mit 93 zu 88 Stimmen bei 14 Enthaltungen im Sinne der FDP-Fraktion für die Lösung des Bundesrates aus. Dieser schlägt im Ergebnis eine Mischung aus nationaler und internationaler Erschöpfung vor: nationale Erschöpfung dort, wo Innovation wichtig ist und daher ein wirksamer Schutz des geistigen Eigentums notwendig ist, sowie internationale Erschöpfung dort, wo die Innovation von geringer Bedeutung ist (wenn die patentierte Technologie nicht das Wesen der Ware ausmacht).

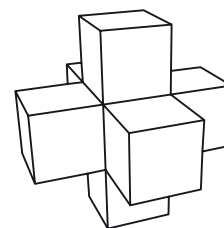
Entwicklungszusammenarbeit: Der Nationalrat hat zwei Rahmenkredite für die Entwicklungszusammenarbeit gutgeheissen. Damit folgte der Nationalrat dem Antrag des Bundesrats und der Linie der FDP-Fraktion. Die Fraktion setzte

sich in der Debatte für eine effiziente und wirkungsorientierte Entwicklungszusammenarbeit ein.

Militärgesetz: Die grosse Kammer hat der Revision des Militärgesetzes zugestimmt. Die FDP-Fraktion hat die Gesetzesvorlage in der Gesamtabstimmung geschlossen abgelehnt, weil die politischen Pole die Revision inhaltlich fast vollständig ausgehöhlt haben. So lehnte der Nationalrat eine Pflicht zum Ausland-WK für Milizsoldaten ebenso ab wie ein Obligatorium für Berufs- und Zeitmilitär, Ausbildungsdienste und Einsätze in Friedensförderungs- und Assistenzdiensten im Ausland zu leisten. Aus dem Gesetz gekippt wurden auch vorhersehbare Assistenzdienste der Ar-

mee zugunsten der zivilen Behörden, wie etwa anlässlich der Euro 08.

Steuern: Der Ständerat hat entgegen dem Willen der FDP-Fraktion eine Motion zur Vereinfachung der Einkommenssteuern sowie drei Vorstösse im Bereich des Bausparens abgelehnt.



Vorstösse der FDP-Fraktion

Die FDP-Fraktion hat folgende Fraktionsvorstösse eingereicht:

- Strafrecht: Die FDP-Fraktion verlangt mit einer parlamentarischen Initiative, dass der Allgemeine Teil des Strafgesetzbuches revidiert wird. Die vor kurzem eingeführten Geldstrafen haben sich nicht bewährt. Insbesondere der bedingte Strafvollzug führt dazu, dass diese Strafart kaum Nutzen zeigt. Die entsprechenden Normen müssen angepasst werden.
- Gentechnologie: Die FDP-Fraktion hat zwei Interpellationen zur Gentechnologie eingereicht. In der ersten Interpellation ersucht die Fraktion den Bundesrat, zum Themenkreis «Gentechnologie und Lebensmittelkrise» Stellung zu nehmen. Der zweite Vorstoss betrifft den Aspekt der Gentech-Forschung.
- Ausländische Akademiker: In der Schweiz herrscht Mangel an gewissen Akademikern, insbesondere an Ingenieuren. Daher fordert die FDP-Fraktion mit einer Motion den Bundesrat auf, Hochschulabsolventen aus Nicht-EU-/EFTA-Ländern, die nach dem Studium in der Schweiz arbeiten möchten, erleichterte Arbeitsbewilligungen auszustellen.

HarmoS

Als Begründerin der nationalen Volksschule ist es für die FDP ein ureigenes Anliegen, das Schulsystem laufend zu verbessern und den gesellschaftlichen Veränderungen anzupassen. Dabei stehen die Qualität und die Leistung der Volksschule im Vordergrund, aber auch das Bestreben nach Chancengleichheit und Integration. Die Umsetzung der Bildungsverfassung sowie das Ziel der schweizweiten Harmonisierung der Volksschule stellen hier einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung dar.

Von Ruedi Noser

Am 21. Mai 2006 wurde die Neuordnung der Verfassungsbestimmungen über die Bildung (Bildungsrahmenartikel) mit über 85% Ja-Anteil deutlich vom Schweizer Stimmvolk gutgeheissen. Neben mehr Qualität und Leistung im Bezug auf das Bildungssystem haben sich die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger auch für eine gesamtschweizerische Harmonisierung der obligatorischen Schule ausgesprochen. Das Schuleintrittsalter und die Schulpflicht, die Dauer und Ziele der Bildungsstufen und deren Übergänge sowie die Anerkennung von Abschlüssen sollten in Zukunft gesamtschweizerisch einheitlich geregelt sein.

Ungeachtet des deutlichen Volksentscheides versuchen derzeit zahlreiche Gruppen, allen voran die SVP, die sich erstaunlicherweise 2006 noch zugunsten des Bildungsrahmenartikels ausgesprochen hat, die Einführung der interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule (HarmoS) mit allen Mitteln zu verhindern. Im Kampf um Unterschriften und Stimmen gegen das HarmoS-Konkordat schreckt die Gegnerschaft auch vor willkürlichen Behauptungen und Falschaussagen nicht zurück.

So wird beispielsweise behauptet, der Kindergarten werde mit dem HarmoS-Konkordat abgeschafft oder es müssten flächendeckend und obligatorisch Blockzeiten und Tagesstrukturen eingeführt werden. Gerne wird die Argumentation auch emotionalisiert, indem das Bild einer fürsorg-



Ruedi Noser

lichen Mutter gezeichnet wird, aus deren schützenden Armen das Kind zur Einschulung brutal entrissen werden muss. Sowieso wird der Staat verdächtigt, die Harmonisierung der obligatorischen Schule nur als Vorwand zu verwenden, um die Eltern zu entrechten und den Erziehungsauftrag staatstreuen Bildungsfunktionären zu übergeben.

Wer solches behauptet, hat die Vereinbarungen des HarmoS-Konkordats entweder gar nicht gelesen, nicht verstanden oder dieses absichtlich falsch ausgelegt. Im Bezug auf Blockzeiten und Tagesstrukturen sieht die Vereinbarung lediglich vor, dass in der Primarschule der Unterricht vorzugsweise in Blockzeiten organisiert wird und dass ein bedarfsgerechtes Angebot für die Betreuung der Schülerinnen und Schüler ausserhalb der Unterrichtszeit angeboten werden soll. Es wird dabei explizit festgehalten, dass die Nutzung dieses Angebots freiwillig und für die Erziehungsberechtigten grundsätzlich kostenpflichtig ist, was auch von der FDP begrüsst wird.

Auch was das Einschulungsalter betrifft, so kann hier keine Rede davon sein, dass in Zukunft Kinder ihren Eltern nach dem vierten Geburtstag brutal entrissen werden. In vielen Kantonen sind bereits heute zwei Kindergartenjahre vor Beginn der obligatorischen Schulzeit die Regel. Mit dem HarmoS-Konkordat verpflichten sich einzig alle Kantone, die Kinder ab dem vollendeten vierten Altersjahr in den Kindergarten einzuschulen. Der Kindergarten wird damit obligatorisch und nicht abgeschafft, sondern kann einzig in eine Basisstufe (Vorschule und 1. bis 2. Klasse) integriert werden.

Mit der interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule soll das veraltete schweizerische Schulsystem den Bedürfnissen einer mobilen und heterogenen Gesellschaft angepasst und die Ausbildung unserer Kinder weiter verbessert werden. Eine frühe Einschulung ermöglicht die individuelle Förderung jedes Kindes entsprechend seinen Fähigkeiten und trägt so zu mehr

Chancengleichheit und Integration, in sozialer wie kultureller Hinsicht, bei. Durch die Schaffung nationaler Bildungsstandards werden Leistungen zudem endlich vergleichbar. Dies schafft mehr Wettbewerb unter den Kindern, aber auch zwischen den einzelnen Schulen, mit einem positiven Effekt auf die Qualität der Leistung wie auch des Bildungsangebotes. Mit der Empfehlung zur Schaffung von Blockzeiten und Tagesstrukturen wird schliesslich auf die moderne und individuelle Lebensgestaltung eingegangen und mit der Vereinheitlichung des Schulsystems der heutigen Mobilität der Bevölkerung Rechnung getragen.

Aus genannten Gründen setze ich mich gemeinsam mit der FDP Schweiz und den FDP-Kantonalparteien im Rahmen des Liberalen Komitees «Ja zu einer besseren Schulbildung» (www.fdp.ch/harmos) für die erfolgreiche nationale Umsetzung des HarmoS-Konkordats ein. Ich hoffe, in diesem Fall auch auf Ihre Unterstützung zählen zu dürfen.

Agenda

September 2008

- | | |
|---------------|--|
| 5. | Vorsessionale Fraktionssitzung |
| 12. | Sekretärenkonferenz und PPK in Neuenburg |
| 13. | Delegiertenversammlung in Neuenburg |
| 15. 9.–3. 10. | Herbstsession |
| 18. | Geschäftsleitung |



Liebe «Freisinn»-Rätselfreunde

An dieser Stelle befindet sich normalerweise das beliebte «Freisinn»-Rätsel. Wir haben die schmerzliche Pflicht, euch mitzuteilen, dass Walter Vogel, der unsere unverwechselbaren Rätsel jeweils kreierte, verstorben ist. Wir sprechen den Angehörigen unser herzliches Beileid aus.



Nachruf für Walter Vogel

Verfasst von Bruno Lüscher, Präsident FDP Thurgau, und Willi Nafzger, Vizepräsident des Lions-Clubs Thurgau

Der Lebensweg von Walter Vogel war ebenso Fassettenreich wie die unzähligen Menschen aus dem privaten, beruflichen, politischen, kirchlichen und kulturellen Umfeld, die ihn viele Wegstrecken begleiten durften.

Und so vielfältig das Lebenswerk von Walter Vogel war, so vielfältig sind auch die Eindrücke, welche er bei seinen Begleitern hinterliess.

Die nachfolgenden Gedanken werden unter ein Motto, unter ein Gleichnis gestellt, nämlich das von den anvertrauten Talenten.

Dieses Gleichnis erwähnte Walter Vogel innerhalb eines Gesprächs um seine Krankheit, seine Tätigkeiten für die Kirche und was denn eigentlich das Wichtigste im Menschenleben sei und zu was man Menschen ermuntern und anleiten sollte.

In diesem Gleichnis handelt es sich darum, dass aufgezeigt wird, dass jeder Mensch verschiedene Talente bekommen hat. Wichtig ist nun, was er mit diesen Talenten macht: Nutzt er sie, erweitert und veredelt er sie, oder lässt er diese verkümmern oder wendet sie einfach nicht an? Er lässt Talente einfach brachliegen.

Nicht so Walter Vogel. Er nutzte seine anvertrauten Talente in mannigfaltiger Weise.

Er nutzte sie als Pädagoge, als Politiker auf kommunaler und kantonaler Ebene, als Truppen-

kommandant, und er nutzte sie auch als Christ in den Kirchenorganen.

Ein solches Talent war z. B. seine Fähigkeit, andere Menschen zu begeistern und sie zu motivieren, ihnen aufzuzeigen, um was es ging und was das Ergebnis einer Anstrengung oder des Einsatzes bringen könnte.

Mit dieser Fähigkeit eng verbunden war ein Talent, das so zu beschreiben ist: Nie aufgeben, wenn man von einer Sache überzeugt und wenn sie wichtig ist. Nie aufgeben, auch wenn Schwierigkeiten auftauchen oder wenn erneut Überzeugungsarbeit geleistet werden muss. Dies zeigte sich ja auch im Umgang mit seiner Krankheit.

Ein weiteres Talent war die Fähigkeit, man kann auch sagen, die Gabe, in schwierigen Diskussionen und Debatten klar und manchmal auch hart seine Meinung vorzutragen und doch seine Gegner nicht zu verunglimpfen und ihnen die Ernsthaftigkeit ihrer Meinungen abzusprechen.

Diese Talente wurden für seine Freunde wie seine Widersacher, sowohl in den Sitzungen der evangelischen Synode und im Kirchenrat sowie und vor allem auch in seinen politischen Handlungen erkennbar. Dazu gehört wahrscheinlich auch, dass man mit diesem Talent nicht immer nur Freunde gewinnt.

Wie kaum ein Anderer hat er von 1975 bis 2002 die Frauenfelder Gemeindepolitik sowie die kantonale Politik als Ratsmitglied, als Fraktionspräsident, 1982/83 als Gemeinderatspräsident und 1989/90 als Grossratspräsident mitgestaltet und geprägt.

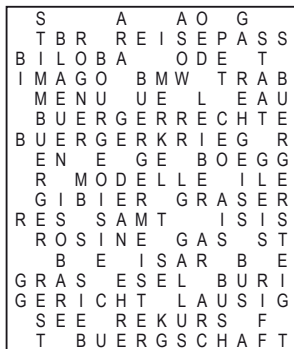
Im gleichen Zeitraum, von 1970 bis 2003, setzte er sich massgeblich für die Anliegen der evangelischen Kirche in Frauenfeld wie auch im Kanton ein.

Als Ausgleich zu seinen 40 Jahren als Sekundarlehrer, zu seinem politischen und kirchlichen Leben, freute er sich während fast 30 Jahren auf die Meetings und Diskussionen im Lions-Club Thurgau, welchem er 1990/91 als Präsident vorstand.

Selbst seine bereits stark fortgeschrittene Krankheit konnte ihn nicht davon abhalten.

Walter Vogel wird allen seinen Freunden, Bekannten und Widersachern dank seinen Talenten, seinem scharfen Denkvermögen, aber auch mit seinem grossen Humor und Witz in Erinnerung bleiben. Seine Stimme und vor allem seine geliebten Kreuzworträtsel werden fehlen.

Auflösung Kreuzworträtsel Nr. 5/08



Das richtige Lösungswort des Kreuzworträtsels Nr. 5/08 lautete: Bürgenstock. Bis zum Redaktionsschluss sind bei uns 334 richtige Antworten eingegangen.

1. Preis

Ein Handy Sony Ericsson K770i mit 3,2-Megapixel-Kamera

2. Preis

Europass, offizieller Spielball der Uefa Euro 2008™

3. Preis

Football-Timer, Stahlgehäuse, Lederarm-

band, Zifferblatt Schwarz, Druck Silber, Rot, Weiss und Superlight
Die «Freisinn»-Redaktion hat folgende Gewinner/innen gezogen:

1. Luiza Dos Santos Kreuzer, Färberstrasse 6, 8400 Winterthur
2. Theo Kuster, Grüntalstrasse 24, 9300 Wittenbach
3. Florian Conrad, Niesenstrasse 16, 3627 Heimberg

Die Preise werden den Gewinnern direkt zugestellt. Die «Freisinn»-Redaktion wünscht den Gewinnern viel Spass mit ihrem Preis.

Werben Sie im «Schweizer Freisinn»!

Inserieren Sie im «Schweizer Freisinn». Mit einer Anzeige erreichen Sie zielgenau ein ganz besonderes Publikum: Mitglieder der FDP in der deutschen Schweiz.

Der «Schweizer Freisinn» erscheint zehnmal jährlich in einer Auflage von über 70000 Exemplaren. Nützen auch Sie die Möglichkeit, eine interessante Zielgruppe direkt anzusprechen – mit einem Inserat im «Freisinn».

Die Insertionstarife sind wie folgt:

Grösse	Preis pro Ausgabe
1/1	5000 Fr.
1/2	2500 Fr.
1/4	1400 Fr.
1/8	650 Fr.
1/16	400 Fr.

Rabatte

bei 3 Ausgaben: 5%; bei 6 Ausgaben: 10%; bei 10 Ausgaben: 15%

Anfragen unter:

FDP Schweiz, Redaktion «Schweizer Freisinn», Eliane Gnägi, Neuen-gasse 20, Postfach 6136, 3001 Bern, Tel. 031 320 35 30

Auf Wiedersehen!

Petra Studer hat das FDP-Generalsekretariat Ende Juni verlassen und ist neu als Bereichsleiterin Politik des Gewerbeverbandes Basel-Stadt tätig. Wir haben der ehem. Stv. Leiterin Fraktion & Politik vor dem Neustart ein paar Fragen gestellt.



Petra Studer

Du hast über sieben Jahre für die FDP Schweiz gearbeitet – was nimmst Du davon mit?

Ich konnte viel lernen. Fachwissen kann man sich überall aneignen; die Parteizentrale war jedoch ein idealer Lehrplatz, um die Eigenheiten unserer politischen Prozesse zu erfassen, das strategische Denken zu schärfen und sich schweizweit ein grosses Netzwerk aufzubauen. Diese Erfahrungen nehme ich gerne mit – sowie auch viele Freundschaften...
Und was lässt Du im GS zurück?

Nebst eines geräumten Büros? (lacht) Ich habe in den letzten Jahren versucht, meine Vorstellung von freisinniger Politik in die Arbeit des

GS einfließen zu lassen. Das Herz ist ebenso wichtig ist wie der Kopf. Ein eigenständiger konsequenter Weg ist wichtiger als kurzfristige Medienpräsenz. Wenn von diesem Geist etwas zurückbleibt, dann würde es mich freuen.

Wirst Du der Politik nun den Rücken zuwenden?

Nein, im Gegenteil. Im Juli beginnt meine zweite Amtsperiode als Stadträtin in Laufen. Als Mitglied der Geschäftsleitung der FDP Baselland zeige ich mich weiterhin für die Kontakte zur Mutterpartei verantwortlich. Und als eidgenössische Delegierte – wo ich als Mitarbeiterin der Partei in der Vergangenheit dezent im Hintergrund blieb – gewinne ich nun an «Freiheit».

Nicht zuletzt werde ich mich auch in meinem neuen Job im Spannungsfeld zwischen Wirtschaft und Politik bewegen.

Was wünschst Du der FDP für die Zukunft?

Modernes Denken, modernes Handeln – für unsere Schweiz von morgen. Mut zur Eigenständigkeit und Bekenntnis zur Geschlossenheit, ohne dabei zu vergessen, dass die FDP die Summe vieler freiheitlich denkender Individuen ist. Freisinnige Politiker/innen werden nicht nur aufgrund ihrer Marke gewählt, sondern auch aufgrund ihrer Persönlichkeit – und das bleibt hoffentlich auch so.

Herzlich willkommen



Phillippe Gubler

Phillippe Gubler heisst der neue politische Sekretär der FDP Schweiz. Er hat die Nachfolge von Petra Studer per 1.7.08 angetreten und war zuvor bereits Praktikant im Generalsekretariat. Gubler studierte Politologie. Wir heissen ihn herzlich willkommen.



McCANN ERICSSON

ISOLIERT

Microsoft®
Your potential. Our passion.™

INTEGRIERT

Petra Giger und Patrick Rothmund arbeiten mit Microsoft Office in Rumantsch. Dank der Software in ihrer Muttersprache können sie einfacher und intuitiver arbeiten, lernen und kommunizieren. So helfen sie und Microsoft, eine alte Sprache und die Kultur zu erhalten. Lesen Sie mehr auf www.aufmeinemweg.ch